



PROTOKOLL des 2. Landesschülerparlaments 2021/2022

21.02.2022 im Kieler Landtag

Anwesenheit: 37 Delegierte in Präsenz

Sitzungsleitung:

Ben Fricke (LSS), Elisa Ninow (stv. LSS),

Protokollführung: Torge (ab 10:06)

Montag 21.02.2022

--- **Beginn: 10:06 Uhr**

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung, Bürokratisches

Ben begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht versendet wurde, weist auf die vorliegenden Sitzungsdokumente hin und erläutert diese kurz (Infomappe mit Tagesordnung, Protokoll der letzten Sitzung, Anträgen, Geschäfts- und Wahlordnung und Zusatzinformationen; Tätigkeits- und Finanzbericht; Grundsatzprogramm; LaVo-Vorstellungsflyer). Verständnisfragen würden jederzeit gerne beantwortet werden.

Die Tagesordnung wird von Ben vorgestellt und einstimmig genehmigt.

Anmerkung eines Schülers, der Tätigkeitsbericht sei nicht fristgerecht auf unserer Website veröffentlicht worden. Ben entschuldigt sich dafür und weist darauf hin, dass dies schnellstmöglich nachgeholt wird.

Annabell Krämer, Landtagsvizepräsidentin begrüßt die Landesschüler*innenvertreter*innen im Landeshaus und wünscht ein erfolgreiches LSP.

TOP 2: Vorstellung des Landesvorstandes

Ben stellt sich vor. Anschließend stellen sich die anderen LaVoMis, sowie die stellv. LSS Elisa und der Landesverbindungslehrer, vor.

TOP 3: Vorstellung bildungspolitisches Geschehen

Linus stellt das BiPo-geschehen vor.



TOP 4: Vorstellung des Tätigkeits- und Finanzberichts

Paul stellt den Tätigkeitsbericht vor. Torge übernimmt den Finanzbericht.

—Pause von 10:45 bis 11:00—

Protokollführung: Nadine (ab 11:15) + Ben (ab 11:30)

TOP 5: Grußwort Prien

Grußwort erfolgt durch Staatssekretärin Dr. Dorit Stenke online über Dataport.

TOP 6: Antragsphase I

Delizählung:

Präsenz: 37

Online: 13

Insgesamt: 50 Delis

A1 Verbot der Änderung von abgestimmten Änderungsanträgen | vom LaVo (Nadine)

... konkreter Antragstext siehe Antragssammlung

Nadine stellt ihren Antrag A1 vor.

Nadine begründet den Antrag mündlich anhand von ehemaligen Komplikationen die entstanden sind.

Keine inhaltliche Gegenrede

Der Antrag wird mit 2 Enthaltungen 0 Gegenstimmen und 48 Fürstimmen angenommen.

A2 Mündlich formulierte Änderungsanträge - Antragsteller*in: LaVo (Max Daubmann)

Vorstellung des Antrags:

Max stellt seinen Antrag A2 vor und begründet ihn mündlich.

... konkreter Antragstext siehe Antragssammlung

Es gibt keine Verständnisfragen

Es gibt keine inhaltlichen Fragen



Der Antrag wird ohne Enthaltungen und Gegenstimmen mit 50 Fürstimmen angenommen.

A3 Redaktionelle Änderung des Grundsatzprogramms - Antragsteller*in: LaVo

Jasper stellt den Antrag A3 vor, und begründet ihn mit ehemaligen Beispielen
... konkreter Antragstext siehe Antragsammlung

Mit 0 Enthaltungen, 50 Fürstimmen und 0 Gegenstimmen angenommen.

A4 LGBTQ+ Projekttag - Antragsteller*in: LaVo (Magdalena Thal)

Vorstellung des Antrags:

Magdalena stellt ihren Antrag A4 vor und begründet ihn mündlich.

Linus fragt, ob die Schulen die Projekte selbst und individuell planen sollen
Magdalena bejaht

Nadine stellt einen ÄA:
siehe Antragsammlung

- Lia (Alster Gymnasium): Soll das von externen Organisationen oder intern organisiert werden
 - Magdalena möchte, dass auf eine Kooperation zwischen externen Organisationen und den Schulen gesetzt wird
- Frage: Jona (Föhr) warum 2 Jahre?
 - Antwort: 1 Jahr zu viel, 2 Jahre okay
- TMS Schule (Online): Kann man das nicht mit anderen Tagen verbinden? Wie bei den Tagen gegen Rassismus
 - Magdalena: Verbinden sei möglich, allerdings sollte LGBTQ+ nicht in den Hintergrund rücken
- Ben fragt, wie das mit den Lehrern gemeint ist: Ist doch schon ein bisschen viel für die oder nicht?
 - Magdalena: Lehrer sollen an den Tagen teilnehmen und man lerne nie aus
- Luc Bachmann: Man solle die Projekttag freiwillig anbieten

Linus: ÄA Mindestanforderungen müssen vorgegeben werden, wie diese Tage gestaltet werden sollen

exakte Formulierung siehe Antragsammlung

Antwort: Nimmt den Antrag an

Linus stellt einen Änderungsantrag:



siehe Antragsammlung

Der ÄA wird von der Antragstellerin angenommen.

Max äußert sich positiv gegenüber der Magdas Antrag und spricht sich gegen den ÄA aus.

GO Antrag auf Streichung der Redeliste von Elisa.

formelle Gegenrede, denn es müsse Gegenrede geben, um abzustimmen.

Mit 13 Gegenstimmen und 37 Fürstimmen angenommen.

ÄA mit 22 Stimmen dafür, 28 dagegen und ohne Enthaltungen abgelehnt.

Elisa befürwortet Antrag

Joia aus Flensburg fragt, ab welcher Klasse die Projektstage durchgeführt werden sollten.

Antwort: Ab der 6/7 wäre es sinnvoll, Entscheidung soll bei Schulen liegen.

Rebecca Zühlsdorf: **ÄA** siehe Antragsammlung. Schulen sollen nicht an das Rahmenpapier gebunden sein.

Humboldt Schule Kiel: Schulen würden den Kernaspekt dann nicht genug beachten. Spricht sich gegen den ÄA aus.

Magdalena stellt eine Frage, ob genannter Teil, "Soll inhaltlich gefördert werden" komplett gestrichen werden solle.

Antwort von Antragstellerin des ÄA Rebecca: nein

Tamina äußert sich gegen eine Einschränkung durch ein "Rahmenpapier" des MBWK.

GO-Antrag von Jasper auf Streichung der Redeliste und sofortige Abstimmung

Abstimmung von ÄA4 (siehe Antragsammlung)

GO-Antrag mit 16 Gegenstimmen angenommen.

GO-Antrag von Max, auf Streichung der Redeliste und die sofortige Abstimmung

Amelie (Gymnasium Kronshagen): stellt ÄA.

ÄA: Ab spätestens der siebten Klasse ... (siehe Antragsammlung)

Magdalena lehnt den Antrag ab

Änderungsantrag mit 30 Fürstimmen und 18 Gegenstimmen angenommen.

Abstimmung über ÄA4 mit Mehrheit auf Sicht angenommen



Max stellt seinen Antrag A5 vor und begründet ihn mündlich anhand eines persönlichen Beispiels

Antragstext siehe Antragsammlung.

**A5 Begrenzung der Anzahl an Leistungsnachweisen innerhalb einer Woche - Antragsteller*in:
Johannes-Brahms-Schule (Max Daubmann)**

Das LSP möge beschließen, Folgendes im Grundsatzprogramm unter dem Punkt

"Unterrichtsgestaltung" zu ergänzen:

"Um Schüler*innen nicht übermäßig zu belasten, sollte die maximale Anzahl an Leistungsnachweisen, die innerhalb einer Woche erbracht werden müssen, auf zwei begrenzt werden."

Begründung:

Nur so kann es Schüler*innen möglich sein, auch in Klausurenphasen noch Zeit mit Dingen zu verbringen, die nicht die Schule betreffen und gleichzeitig alle Klausuren ausreichend vorzubereiten. Spätestens ab drei Klausuren/Klassenarbeiten merken wir alle, dass wir diese nicht mehr alle adäquat vorbereiten können.

Weitere Ausführungen erfolgen mündlich.

ÄA5.1: ... Nachschreibklausuren sollen von der Regelung ausgenommen werden...

Nadine spricht sich gegen diesen Änderungsantrag aus.

ÄA5.1 mit 6 Fürstimmen und Mehrheit auf Sicht abgelehnt.

ÄA5.2. Greta (Kieler Gelehrtenschule): Q2.2. solle aus dieser Regelung ausgenommen werden.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung angenommen

ÄA5.2 (siehe Antragsammlung)

Abgelehnt mit 12 Fürstimmen und 36 Gegenstimmen sowie 2 Enthaltungen)

GO-Antrag auf Streichung der Redeliste und sofortige Abstimmung.

Mit 48 Fürstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Pause: bis 13:14

Delizählung:

Präsenz: 37

Online: 13



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

Insgesamt: 50 Delegierte

Max stellt seinen Antrag vor und begründet diesen mündlich.

A6 Gespräche bei Leistungsanstieg/-abfall - Antragsteller*in: Johannes-Brahms-Schule (Max Daubmann)

Das LSP möge beschließen, im Grundsatzprogramm in Zeile 388 im Satz "Bei Schüler*innen, deren Leistungen im Unterricht über die Maße abfallen oder ansteigen, soll die Klassenlehrkraft oder eine Fachlehrkraft in dem Gespräch mit den Schüler*innen die betroffenen sind, die Ursache dafür klären." die Worte "oder ansteigen" zu streichen.

Begründung:

*Bei einem starken Leistungsanstieg besteht nicht wie bei einem -abfall Klärungsbedarf. Außerdem könnten solche Gespräche so wirken, als würde ein starker Leistungsanstieg etwas auffälliges sein und würde als das herausgestellt werden, was für Schüler*innen unangenehm sein könnte und deshalb abschreckend wirken könnte. Natürlich dürfen und sollen Lehrkräfte Schüler*innen für besondere Leistungen weiterhin loben!*

Weitere Ausführungen erfolgen mündlich.

Inhaltsfragen:

Ob Max es nicht gut finden würde, wenn Schüler*innen sich stark verbessern

Antwort: Ja, aber die LSV müsse sich nicht aktiv dafür einsetzen, Lehrkräfte dazu zu verpflichten, dann immer ein Gespräch zu führen

Diskussion:

Hans (Wolfgang-Borchert-Gymnasium): Gespräch über Leistungsanstieg wäre bei ihm sehr positiv gewesen

GO-Antrag auf Streichung der Redeliste:

GO-Antrag wird mit 29 Fürstimmen und 14 Gegenstimmen angenommen

Antrag A6 wird in der Ursprungsfassung mit Mehrheit auf Sicht angenommen

A7 Doppelspitze für Schülersprecher*innen - Antragsteller*in: Johann-Heinrich-Voß-Schule (Luis Schwartz)



Antrag siehe Antragssammlung

-wird wegen Abwesenheit der Antragsteller*innen auf das nächste LSP vertagt

A8 Einbeziehung der SV zum Schulbau - Antragsteller*in: Paul Saupe

Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen, folgendes im Grundsatzprogramm unter dem Absatz "Demokratie in der Schule und ihrem Umfeld" zu ergänzen:

Die Schüler*innenvertretungen betroffener Schulen sind vor der Genehmigung der Änderung und Auflösung von Schulen durch die Schulaufsichtsbehörde anzuhören. Die Kreise und die kreisfreien Städte haben die Schüler*innenvertretungen betroffener Schulen zur Schulbauplanung sowie zu beabsichtigten Änderungen in der Schülerbeförderung und der Schulentwicklungsplanung in ihrem Gebiet anzuhören und im Vorhinein einzubeziehen.

Begründung: Erfolgt mündlich

Vorstellung des Antrags:

Paul stellt seinen Antrag vor.

Diskussion:

Vorschlag: Anhörungen sollten paritätisch ablaufen

Max betont, solche Veränderungen sollten nicht bei jedem Punkt einzeln eingefordert werden sondern grundsätzlich einmal im Grundsatzprogramm festgelegt werden

Antrag A8 wird in der Ursprungsfassung mit Mehrheit auf Sicht, einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen

A9 Luftfilteranlagen - Antragsteller*in: LaVo (Ben Fricke)

Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen, folgendes im Grundsatzprogramm unter dem Absatz "Räumlichkeiten" zu ergänzen:

Alle Räumlichkeiten in Schulen sollen zukunfts versiert mit Luftfilteranlagen ausgestattet werden. Diese sollen Infektionen in Schulen eindämmen und für einen ausreichenden Luftaustausch sorgen.



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

Begründung:

*Besonders die Corona Pandemie hat gezeigt, wie schnell sich Infekte im Schulgebäude verteilen können. Für den Schutz vor Erkrankungen und den Erhalt der Gesundheit von Schüler*innen und Lehrer*innen sollen Schulen einen höheren Stellenwert für die Hygiene an Schulen an den Tag legen.*

Vorstellung des Antrags:

Ben stellt seinen Antrag vor und begründet diesen mit obigem Text.

Diskussion:

Einwand, ob das nicht zu teuer sei.

Antwort: Die Kosten sollten außer acht gelassen werden. Es geht um zukünftige Ausstattung, wenn etwas ohnehin umgebaut wird.

Abstimmung:

Antrag A9 wird in der Ursprungsfassung mit Mehrheit auf Sicht, 5 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.

A10 Auskunft für die LSV - Antragsteller*in: Paul Saupe

Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen, folgendes im Grundsatzprogramm unter dem Absatz "Demokratie in der Schule und ihrem Umfeld" hinter: "Das für Bildung zuständige Ministerium muss die Landesschüler*innenvertretung über alle bildungspolitischen Fragen rechtzeitig und umfassend informieren" hinzuzufügen:

"Sowie bei Bedarf notwendige Auskünfte zu erteilen"

Begründung: Erfolgt mündlich

Vorstellung des Antrags:

Paul stellt seinen Antrag vor und begründet ihn mündlich mit der Begründung, dass die LSV eingebunden werden solle

Abstimmung:

Antrag A9 wird in der Ursprungsfassung mit Mehrheit auf Sicht, ohne Gegenstimmen und mit einer Enthaltung angenommen.



A11 Dauerhaftes Angebot von Hybridunterricht - Antragsteller*in: LaVo (Nadine Jerzyniak)

Vorstellung des Antrags:

Nadine begründet, indem sie die Wichtigkeit durch ein persönliches Beispiel betont. Schüler*innen sollen im Krankheitsfall von zuhause aus am Unterricht teilnehmen können.

Diskussion:

- Leni Stomberg fragt, inwiefern der Hybridunterricht am richtigen Unterricht angelegt sein soll
- Nadine beschreibt ein Beispiel, bei dem Kameras beweglich sind und den gesamten Unterricht mit allen Beiträgen übertragen können. Das wäre auch ihr höchstes Ziel, möglichst hochwertigen Hybridunterricht anbieten zu können.
- Justus Bendi findet die Idee von Kameras in der Schule bedenklich.
- Rebecca findet einen dadurch entstehenden Zwang, bei "nur Erkältung" trotzdem am Unterricht teilnehmen zu müssen, nicht sinnvoll. Sie sieht Probleme in der Chancengleichheit.
- Niklas H. hat datenschutzrechtliche Bedenken.
- Eschel findet Idee erstmal gut, und sieht den Punkt, dass es Schule sicherer machen würde, sieht aber Einschränkungen bspw. bei Gruppenarbeiten.
- Sieht Probleme, dass nicht nur die Kranken Gebrauch machen würden, sondern, dass Gesunde das ausnutzen würden
- Linus erklärt Gedankengang beim Verfassen des Antrags. Es sei nur von einer Zuschaltung die Rede und erklärt, dass Fehltage weiterhin entschuldigt werden müssten.
- Paul erklärt, dass Hybridunterricht keine datenschutzrechtlich auf sicherem Boden stehe. Wir sprächen hier von unserem Willen, die konkrete Umsetzung klären wir dabei nicht. Weiterhin muss man auf die Verantwortung der Eltern, Lehrer und Schüler setzen, das tue man aber bereits.

Elisa stellt einen GO- Antrag auf Schließung der Redeliste:

Ohne Gegenrede angenommen

- Max betont, dass besonders in Pandemiezeiten ein solch funktionierendes System sinnvoll ist. Erklärt am aktuellen Beispiel von Corona.
- Nadine weist darauf hin, dass es sich lediglich um ein Angebot handeln soll und nicht um eine Pflicht.
- Lia fragt, ob die Stunden, an denen man von Zuhause teilgenommen hat als Fehlstunden eingetragen werden sollen? Antwort: Nadine ist sich dazu noch nicht sicher, das MBWK solle dies bei der Umsetzung klären.
- Eine Delegierte, "dies würde nicht das reelle Leben darstellen", ihr ist der Antrag zu unpräzise.



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

- Lea (Online-Teilnehmerin) findet den Antrag gut, weil er auf die Zukunft vorbereitet und auch in folgenden Pandemiezeiten sinnvoll ist. Weist darauf hin, dass es sich nur um ein Angebot handle.

GO Antrag auf sofortige Abstimmung ohne Gegenrede angenommen.

Der Originalantrag A11 wurde mit 8 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen und 37 Fürstimmen angenommen.

A12 Vereinfachte Formulierung: Keine Flugreisen auf Klassenfahrten - Antragsteller*in: der LaVo (Elisa)

Elisa stellt ihren Antrag A12 vor und erklärt, dass es sich nur um eine Formulierungsänderung handle

- Timon stellt einen Änderungsantrag ÄA12.1 (siehe Antragsammlung).
- Elisa nimmt den Änderungsantrag an.
- Rebecca Z. merkt die "Alternativlosigkeit" an und fragt ob dies die Formulierung sei, hinter der Elisa steht.
- Linus weist darauf hin, dass der letzte Satz für viele Schüler eine Studienfahrt ausschließen könnte.

GO-Antrag von Max auf Streichung der Redeliste

Der Antrag wird mit 28 Fürstimmen, 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen

A13 Unterrichtsmaterialien online zur Verfügung - Antragsteller*in: der LaVo

Der Antrag wird von Ben vorgestellt.

Diskussion

- Schüler findet den Aufwand zu hoch, die Materialien hochzuladen.
- Man dürfe keine Materialien von bestimmten Verlagen nutzen.
- Luana: auf itslearning seien schon alle Unterrichtsmaterialien.

Änderungsanträge:

Es sind drei Änderungsanträge eingegangen, die von Ben angenommen worden sind.

ÄA13.2

- Ministerium muss eine Rechtsgrundlage schaffen



Antrag A13. wird in der geänderten Fassung mit Mehrheit auf Sicht und einer Gegenstimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

A14 - Einsehen der Notenvergabe zu jeder Unterrichtsstunde - Antragsteller*in: der LaVo (Nadine)

Nadine stellt den Antrag vor und begründet ihn anhand eines praxisnahen Beispiels.

Ben stellt einen ÄA auf Begriffsänderung zu "monatlich".

GO Antrag von Ben wird bei Gegenrede von Elisa mit 15 Fürstimmen abgelehnt.

Jasper stellt Antrag auf Meinungsbild:

23 für monatlich, 15 für wöchentlich und 10 für "nach jeder Stunde"

ÄA von Ben zu "monatlich" ist der weitgehendste

Nadine begründet, dass sie monatlich zu selten findet.

Rebecca stellt einen GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung auf 45 Sekunden.

GO-Antrag auf Streichung der Redeliste

Formelle Gegenrede: GO-Antrag wurde mit einer Mehrheit auf Sicht angenommen.

GO-Antrag auf Vertagung von Ben Fricke

13 Gegenstimmen und 37 Fürstimmen für den GO-Antrag, somit wurde der Antrag vertagt.

Alle weiteren Anträge (Siehe Antragsammlung) wurden wegen dem Ende der Antragsphase auf das nächste LSP vertagt.

— Pause von 14.45 Uhr bis 15 Uhr—

TOP 8: Podiumsdiskussion

- Jörg Nobis, AfD
- Dr. Bernd Buchholz, FDP
- Aminata Touré, Grüne
- Lars Harms, SSW



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

- Tobias von der Heide, CDU
- Thomas Losse-Müller, SPD (verspätet sich um 30 Minuten)

Die Teilnehmer*innen stellen sich vor und erklären Ihre Positionen zur Demokratiebildung und Schülerpartizipation.

Fragen zum Wahlalter:

- Jörg Nobis, AfD
 - Gedanke zu stichprobenartigen Tests, ob Leute ihren Führerschein verdienen
 - Wahlentscheidungsfähigkeit sei nicht vom Alter abhängig
- Dr. Bernd Buchholz, FDP:
 - Befürwortung für das Wahlalter ab 16 auf allen Ebenen
- Aminata Touré, Grüne:
 - Nicht nach oben begrenzen, sondern eher nach unten öffnen
 - Befürwortet die Senkung des Wahlalters auch auf Bundesebene
- Lars Harms, SSW
 - Befürwortung des Wahlalters ab 16 auf allen Ebenen
 - Gedanke: "Ist man heute früher Erwachsen?"
- Tobias von der Heide; CDU
 - Richtungsentscheidung könne man auch treffen, ohne volljährig zu sein
 - Meinung: Wahlalter sage nichts über das Erwachsensein aus

Paul stellt Teil des GPs vor, in dem es um die Einbindung der Schüler*innen geht (A11 von heute)

- Jörg Nobis, AfD: siehe Beitrag von Thomas Losse-Müller und Aminata Touré
- Dr. Bernd Klaus Buchholz, FDP: siehe Beitrag von Thomas Losse-Müller und Aminata Touré
- Aminata Touré, Grüne:
 - findet Beteiligung auch grundsätzlich sinnvoll, sieht unnötige Schleifen jedoch als dringendst zu vermeiden.
 - Man müsse sich die Frage stellen, an welchen Punkten des Prozesses man die Schüler einbinden soll
- Lars Harms, SSW
 - Befürwortet die Forderung nach Gesetzen, die zur Anhörung verflochten. Solche GEsetze ergäben immer Sinn. Probleme erwartet er beim ÖPNV, die Einbindung der Schüler wäre bloß komplex.
- Tobias von der Heide, CDU: siehe Beitrag von Thomas Losse-Müller und Aminata Touré
- Thomas Losse-Müller, SPD



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

- stellt Webseite "Stunde-Null" vor, auf der in Planungsprozesse einbezogen werden kann.
- Losse-Müller vergleicht mit Historie, "Nutzerorientiert war schon immer erfolgreich" -> den Nutzer in den Mittelpunkt stellen
- Dr. Buchholz ist der Meinung, dass wenn man sich einmischt, man auch erfolgreich sein kann, befürwortet die Formulierung. Die Chance sich einzumischen habe man wohl öfter.
- Herr Nobis findet Idee ebenfalls gut, fragt allerdings, um welchen Rahmen es sich handle bei der Entwicklung und Architektur bzw. Sanierung von Schulen. Die Frage, an welcher Stelle Schüler eingebunden werden sollen wurde wiederholt.
- Buchholz ist der Meinung, frühzeitige Bürgerbeteiligung sei vor der Planung nötig und regt anhand eines Beispiels an, dass Schüler frühzeitig eingebunden werden sollen, damit später Experten auf Basis dieser Grundsatzfragen verfeinern können.
- Touré fragt, ab wann wir es uns denn wünschen würden.
 - Paul erklärt, dass es von vorne bis hinten gewünscht sei.
- Von der Heide sagt, dass es in der Umsetzung schwierig sei, weil Kommunen ihren Pflichten nicht nachgekommen seien und das Handeln zu weit verzögern würden.
- Paul erklärt, dass es sich um die Einbeziehung der Schüler nach der Festlegung, dass überhaupt saniert werden soll, handle.

Paul: Anzahl von Kinder- und Jugendverbänden der Kommunen in SH ist sehr gering

- Touré meint, es sei wichtig, Kommunen zu stärken und bei der Partizipation von Jugendlichen zu unterstützen.
- Buchholz sagt, dass Einbindung auf Krampf nicht möglich sei, es müsse freiwillig so einfach wie möglich sein, sich einzubringen..
- Von der Heide meint, es seien immer bestimmte Menschentypen, die sich beteiligen. Jugendbeteiligung müsse viele Facetten haben, Schüler*innen müssten "an die Hand genommen werden".
- Paul: Bei Kinder und Jugendpartizipation würden Schüler*innen unterdrückt

Paul: Wie stehen sie und ihre Parteien zum Gendern?

- Von der Heide vertritt die Position, die Wissenschaft müsse "entscheiden". Sie sind also der Überzeugung, dass es in Zukunft auch eine offizielle Genderschreibweise geben wird, die dann auch an Schulen praktiziert werde.
- Touré: Sprache und Rechtschreibung verändern sich, sollte nicht von Politik getrennt werden, da auch Politik mit Sprache agiert. Man sollte keinen Nachteil durch Gendern erhalten.
- Losse-Müller teilt die Positionierung der Grünen. Sprache sei hochkomplex. Er befürwortet die Forderung nach Gesetzen, die zur Anhörung verpflichten. Solche Gesetze ergäben



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

immer Sinn. Nobis hält Gendern für "völligen Quatsch." Der Bundeskanzler wisse nicht mehr, ob er männlich oder weiblich sei.

- Buchholz kritisiert Äußerung der AFD und kritisiert, dass Gendern als Fehler angestrichen wird, ist aber der festen Überzeugung, dass es bis zu einer Klassenstufe feste Regelungen geben sollte.
- Touré: Regierungsvertreter*innen als Einordnung einer Person werde auf sozialen Medien automatisch gegendert, die angesprochene Bezeichnung auf einem sozialen Netzwerk sei nicht männlich oder weiblich einzustellen.
- Buchholz findet Gendern in Sprache umständlich und merkwürdig klingend, in Schrift hingegen richtig.
- Aminata Touré erklärt, wieso das Gendern auch in der Sprache umgesetzt werden sollte und weiter geht als die Doppelnennung.
- Auch Herr Harms befürwortet die Position der FDP, dass es bis zu einer bestimmten Stufe feste Regeln geben müsse. Aber spätestens an der Uni muss teilweise gegendert werden, deshalb sollte Gendern in der Schule in den höheren Jahrgängen als "Vorbereitung" auch schon erlaubt sein.
- Buchholz meint, dass jeder selbst entscheiden können sollte und spricht sich für liberales Denken aus.
- Von der Heide sieht Gesagtes anders. Der deutsche Rat für Rechtschreibung, somit die Wissenschaft, sollte Rechtschreibung festlegen, nicht die Politik. Man sollte dies in die Hand von "Wissenschaftlern" legen, da Sprache auch instrumentalisiert werden könne.

Linus stellt eine Frage: Wie sollte ein Brief an die Schüler*innen geschrieben sein?

- CDU würde nicht Gendern sondern mit "er und innen" schreiben. Karin Prien hätte ihre Entscheidung (Erlass von 2021) "nicht mit (ihm)" abgesprochen, daher kenne er ihre Hintergründe nicht.

Linus stellt die Frage, wieso die Ministerin zu dem Zeitpunkt dies entschieden habe?

- Von der Heide konnte darauf nicht konkret antworten.
- Harms fragt, welche Möglichkeiten es gäbe. Wenn es diese gibt sollte man sie nutzen

Jasper stellt den Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel in Frage.

- Touré ergreift das Wort: Sie vertritt die Position, dass fossile Gase langfristig ungünstig sind. Energiespeicher in DE sind gering, übergangsweise sollen daher auch fossile Gase genutzt werden. In SH sollte es aus der Sicht ihrer Partei kein zusätzliches Terminal geben.
- Buchholz: Die Energiewende wird dauern. Alle umweltschädlichen Energiekraftwerke auf einmal abzuschalten ist nicht machbar. Man könne die Energiewandlung nicht in einem kurzen Zeitraum komplett vollziehen, ohne Alternative zu haben.



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

- Buchholz setzt sich für dieses Projekt ein. Klimafreundlichere fossile Energien seien immer noch besser als garnichts zu machen. Wir bräuchten Übergangstechnologien, um die Energiewende umzusetzen. Kohle müsse auch noch erwirtschaftet werden. Das solle man bedenken.
- Nobis befürwortet fossile Energiekraft stark.
- Losse-Müller befürwortet die Position der FDP.
- Harms sagt, dass dieses Terminal nicht notwendig sei, es gäbe das falsche Signal: "Es wird schon irgendwie gut gehen."

Lia vom Johanneum erklärt nach einer vorangegangenen Erörterung anhand eines eigenen Beispiels innerhalb ihrer Schule, dass die Einbeziehung von SVen in den Schulbau durchaus möglich sei.

Jona (Föhr) fragt, wie die Parteien und sie persönlich zu einer Impfpflicht stehen.

- Losse-Müller hält eine Impfpflicht nach wie vor für sinnvoll, weil es auch zukünftig sinnvoll ist.
- Aminata Tourè merkt an, dass diese Frage im Bundestag ohne Fraktionszwang beschlossen wird, weil die Position innerhalb der Parteien sehr heterogen seien. Grüne sprechen sich allgemein für eine Impfpflicht ab 18 aus.
- Innerhalb FDP sind die Meinungen sehr verschieden. Buchholz sorgt sich um Überlastung der Krankenhäuser im Herbst und positioniert sich für eine Impfpflicht ab 50.
- Herr Harms sieht die Notwendigkeit einer Impfpflicht aktuell nicht. Aber es sei abhängig von der Mutation des Coronavirus. Wenn es nur um uns in SH ginge, bräuchten wir sie auch nicht, bundesweit aber schon. Nennt Beispiel Sachsen, in dem die pandemische Lage schwieriger ist als in SH. Es muss eine Fachanhörung geben, bevor entschieden wird.
- Herr von der Heide Die Freiheit des einzelnen endet dort wo die Freiheit des anderen angegriffen wird."
- Herr Nobis klar gegen eine Impfpflicht, argumentiert wie folgt dagegen: Impfstoffe leisten einen Impfschutz ab 75%. Wirksamkeit nimmt relativ schnell ab. Auf diesen Daten könne man keine Impfpflicht begründen. Strafgeld bei mehreren Millionen Menschen nicht möglich.
- Herr Buchholz: Impfung schützt vor einem schweren Infektionsverlauf, widerspricht Herrn Nobis.
- Herr Losse-Müller hält sich bei der Diskussion stark zurück.

Abschlussfrage von Paul: Jugendliche würden, wenn sie sich politisch einbringen, oft kleingeredet: Warum fehlt Jugendlichen die Motivation, sich einzubinden?

- Lose-Müller: "Klimaschutz schafft Arbeitsplätze." Ist außerdem der Meinung, man müsse politische Unterschiede klarer differenzieren. Das Ziel ist im Beispiel Klimaschutz klar, nur die Wege unterscheiden sich. Und diese müsse man klar äußern.



Landesschüler*innenvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

- Touré: Anhand der Entscheidung der Parteien merke man einen starken Unterschied, wie das Ziel erreicht wird. Frage sei, wie die Art und Weise der Politik richtig ankomme. Wie könne man politische Entscheidungen in einfacher Sprache erklären? Unterschiede der Parteien muss man stärker differenzieren, diese sind im Parteiprogramm auch sichtbar.
- Herr Buchholz ist nicht der Meinung, in Deutschland lebe eine unpolitische Jugend. "Freiheit kann auch sein sich nicht einmischen zu wollen."
- Herr Nobis: "Politik ist ein Problem." "Politikverdrossenheit" Nobis äußert sich negativ über Menschen, die nicht politik-informiert sind. AfD setzt sich für direkte Bundespräsidentenwahl durch Wähler*innen ein.
- Herr Harms sieht dies anders, der Einsatz der Jugend für Politik werde immer größer. Jedoch muss ihnen auch Beachtung geschenkt werden, weil ihre Meinung ebenfalls zählt. "die Tür muss aufgehen, damit die Leute sich engagieren"

Abschlussfrage: Wünsche an Schüler*innen

- Nobis: Junge Menschen sollen sich einbringen: Vielleicht nicht durch Aktivismus, Nobis äußert sich verächtlich über Aktivisten am aktuellen Beispiel von Aktivismus auf der Köhlbrandbrücke.
- Buchholz: Man müsse unterscheiden, wer sich für die Demokratie einbringt und wer nicht
- Aminata Touré: Setzt euch ein. Informiert euch darüber welche Möglichkeiten ihr habt. Werdet keine Faschisten.
- Harms: ebenfalls werdet keine Faschisten oder Extremisten, bleibt so und kümmert euch um euren Staat
- Von der Heide: Jeder hat die Chance sich zu engagieren, er würde sich freuen, wenn sich Schüler*innen auch nach dem LSP weiterhin engagieren
- Losse-Müller: "Wer sich für zu schlau oder zu fein hält, um in die Politik zu gehen, wird damit bestraft, dass er von dümmeren oder gröberen regiert wird."

TOP 9: Entlastung und Verabschiedung

Phillip Brose bittet das LSP um eine vollständige Entlastung der Landesvorstandsmitglieder Jonah Bierlein, Ben Fricke, Nadine Jerzyniak und Rebecca Rothermel. Die genannten Mitglieder wurden einstimmig entlastet.

- es folgt eine Abschiedsrede von Ben Fricke
- es folgt eine kurze Danksagung von Jonas Fischer an Ben Fricke.



TOP 10: Wahlen und Wahlergebnisse

Max Daubmann schlägt Jonah, Nadine und Ben für die Wahlkommission vor.

- mit Mehrheit auf Sicht angenommen

Wahl LSS:

Elisa Ninow, vorher stellvertretende LSS wird zur neuen LSS gewählt.

Wahl der Stellvs:

Magda und Linus:

Dafür: 47

Dagegen: 1

Enthaltung: 2

LaVoMi-Wahl Kandidat*innen:

- **Leni Stomberg: 27**
- Amelie Meffert: 10
- Lia Tabacharniuk: 20
- **Jan Seller: 22**
- **Jan Schlösser: 22**
- Lasse Fischer: 14
- Tamina Vahlendieck: 15
- Janne Petersen: 15
- **Kevin Thomsen: 24**
- David Kasperek: 12

Die Kandidat*innen stellen sich vor und beantworten einige Fragen aus dem Plenum.

Neu gewählte LaVoMi sind fett markiert.